Vor 20 Jahren: Proteste gegen Wehrunterricht

Die erste Bürgerbewegung der DDR

20.11.'98 Nr. 48 Das Parlament

Von Hubertus Knabe

Es war, als Kirche und Staat in der DDR gerade nach einer neuen Annäherung suchten: Nur wenige Wochen nach dem Spitzengespräch am 6. März 1978 zwischen SED-Chef Erich Honekker und dem Vorstand des evangelischen Kirchenbundes machten in der DDR Gerüchte die Runde, daß die SED in den neunten und zehnten Klassen einen vormilitärischen Unterricht einführen wollte. Um schon den 15- und 16jährigen die Kampfbereitschaft gegenüber dem „Klassenfeind" zu lehren, hatte Volksbildungsministerin Margot Honekker in aller Stille ein neues Fach „Wehrunterricht" in den Lehrplan der allgemeinbildenden Schulen gehoben. In den Monaten vor und nach der Einführung zum 1. September 1978 kam es im Schutzraum der Kirchen zu vielfältigen Protesten – die erste Bürgerbewegung der DDR war entstanden.

Die SED war selber nicht sicher, wie der Versuch, den Alltag in der DDR weiter zu militarisieren, von der Bevölkerung aufgenommen werden würde. Schon 1962, nach der Einführung der Wehrpflicht, waren viele schockiert darüber gewesen, daß der ständig gegeißelte „Militarismus" nun auch im „Friedensstaat DDR" Einzug hielt. Um besonders bei christlichen Bürgern etwaige Bedenken zu zerstreuen, sollte deshalb die Blockpartei der Christdemokraten Eltern und Schüler der 8. Klassen ideologisch auf das neue Fach vorbereiten. In einem ausführlichen „Informationspapier" suchte sie ein CDU-Kreisverband damit zu beruhigen, daß die vormilitärische Ausbildung „schrittweise" erfolgen werde und durch eine qualifizierte Gestaltung „immer mehr zu einer Selbstverständlichkeit" würde.

Bumerang

Das Papier wurde zu einem Bumerang. Als erste schriftliche Bestätigung der Pläne wurde es in protestantischen Kreisen immer wieder abgeschrieben und weitergereicht. Da das Papier schwerlich als „staatsfeindlich" verfolgt werden konnte, wurden Durchschläge davon bei Gottesdiensten und Gemeindeveranstaltungen fast wie Flugschriften weiterverteilt. Als Ende Mai und Anfang Juni dann in Leipzig, Erfurt und Stralsund regionale Kirchentage mit Zehntausenden von Teilnehmern stattfanden, drang die Kritik erstmals an eine größere Öffentlichkeit.

Vor allem jüngere Christen wandten sich mit besorgten Briefen an ihre Kirchenoberen sowie an staatliche Stellen. In der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Dresden bildete sich ein Arbeitskreis, der ein Protestschreiben mit 70 Unterschriften an den sächsischen Bischof sandte. Der Mitarbeiterkreis der ESG Naumburg richtete einen „Offenen Brief" an alle Studentengemeinden der DDR, in dem davor gewarnt wurde, „daß das gesamte Denken und Handeln einer Generation von militärischen Inhalten überfremdet wird".

In Görlitz stellte eine christliche Jugendgruppe mit einem Stempelkasten sogar Flugblätter her und steckte sie in die Hausbriefkästen verschiedener Wohnblocks. Am dritten Tag der Aktion wurde daraufhin der Jugenddiakon Uwe Reimann verhaftet und zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Um etwaigen kirchlichen Protesten dagegen den Wind aus den Segeln zu nehmen, wurde Reimann nicht wegen der Zettelaktion, sondern aufgrund eines Exemplars des sogenannten „Spiegel-Manifestes" verurteilt, das man bei der Durchsuchung seiner Wohnung gefunden hatte.

Protestschreiben

Die Staatssicherheit registrierte seinerzeit eine regelrechte „Eingabenaktion" gegen den Unterricht mit insgesamt 2500 Protestschreiben an staatliche Stellen. Bis Anfang Juli hatte man 169 Absender namentlich erfaßt und ihre Briefe systematisch ausgewertet. Fazit: Die Eingabenschreiber würden „die Stärkung der DDR stören und hemmen, die Durchführung bestimmter Maßnahmen erschweren und eine latente Gefahr für die DDR darstellen".

Auch die Kirchenleitungen waren von der Breite des Protestes überrascht. „Oft war gerade bei denen, die der sozialistischen Gesellschaft sehr aufgeschlossen gegenüberstehen, die Reaktion am heftigsten", berichtete der Görlitzer Bischof Hans-Joachim Fränkel. „Eltern, auch solche, die der Kirche fernstehen, ließen uns ihre Sorge, aber auch ihre Erwartung wissen, daß die Kirche nicht schweigen dürfe." Auf der anderen Seite fürchtete sich der Kirchenbund vor einer Belastung der gerade verbesserten Staat-Kirche-Beziehungen und warnte, wie der Magdeburger Bischof Werner Krusche, vor „Protest und Polemik". Nach mehreren ergebnislosen Interventionen beim Staatssekretär für Kirchenfragen ließ die Konferenz der Kirchenleitungen im Juni 1978 schließlich in den Gottesdiensten einen „Brief an die Gemeinden" verlesen, in dem sie öffentlich bedauerte, daß ihre Bedenken nicht berücksichtigt worden seien.

Diskriminierung

Nach der Einführung des Wehrunterrichtes bemühten sich die Kirchen darum, daß wenigstens die christlichen Gewissensbedenken respektiert und die Inhalte des Faches geändert würden. Trotz entsprechender Zusagen des Staatssekretärs kam es jedoch immer wieder zu Diskriminierungen im Falle einer Nicht-Teilnahme. Von einer „Erziehung zum Frieden", wie sie die Kirchen für erforderlich hielten und wenig später als „kontrapunktische Unternehmen" in den Gemeinden einführten, konnte keine Rede sein.

Plumpes Pamphlet

Das Lehrbuch für den Wehrunterricht lehrte den „Schutz des Sozialismus und seiner Errungenschaften" auf eine derart plumpe Weise, daß die Schüler es nicht einmal mit nach Hause nehmen durften. Didaktisch aufgemacht wie ein normales Schulbuch, reichten die Themen von praktischen Verhaltensregeln für den Fall eines Atomschlages („Filzhut vors Gesicht pressen"), über die Glorifizierung von „Heldentum", „Disziplin" und „Ordnung" bis hin zu Indoktrinationen wie diesen: „Beweisen Sie die Feststellung, daß die Imperialisten vor dem Einsatz von Massenvernichtungsmitteln nicht zurückschrecken, a.) am Einsatz von Atombomben in den letzten Tagen des zweiten Weltkrieges, b.) an Beispielen der barbarischen Kriegführung der USA zur Unterdrückung des vietnamesischen Volkes und c.) an anderen aktuellen Beispielen!"

Verweigerungsquote

Obwohl die Verweigerungsquote nach einer Bilanz von Margot Honecker aus dem Jahr 1982 nur bei 0,08 bis 0,14 Prozent lag, wurde der Wehrunterricht in der DDR niemals wirklich akzeptiert. Zu offenkundig widersprach der Mißbrauch der Schulen für die wehrpolitische Agitation unter Jugendlichen der eigenen Propaganda für Frieden und Entspannung. Selbst die offizielle Zeitschrift „Pädagogik" mußte 1983 einräumen, daß die Lehrer Schwierigkeiten hätten, die Schüler vom „aggressiven Wesen des Imperialismus" zu überzeugen.

Gerade die Tatsache, daß der militärische und politische Drill schon im Schulalter einsetzte, brachte viele Jugendliche in einem schwierigen Lebensabschnitt in Gegensatz zur Praxis des „real existierenden Sozialismus". Vor allem in kirchlichen Jugendgruppen stand die Auseinandersetzung mit den wehrpolitischen Ansprüchen des Staates ganz oben auf der Tagesordnung.

Die ständigen Versuche der SED, die DDR im Innern zu militarisieren, bei denen der Wehrunterricht nur einen Baustein bildete, waren die wichtigste Ursache für die Entstehung einer staatskritischen Friedensbewegung in Ostdeutschland, aus der die meisten Bürgerrechtler von 1989 hervorgingen.